



Poststraße 2 / 3. Stock  
A-6850 Dornbirn

T: 05572-25072-0  
F: 05572-25072-20  
M: vorarlberg@younion.at

www.younion-vbg.at  
www.younion.at

Dornbirn, 11.03.2021

## Das Gesetz zum Schutz der Landes- und Gemeindebediensteten mit Leben erfüllen

### Pilotprojekt der younion und des Gemeindeverbands wird nun landesweit ausgerollt

Die Gemeinden sind zum Schutz ihrer Dienstnehmer\*innen verpflichtet und das schon seit 1999. Seit damals ist das Landes- und Gemeindebediensteten-Schutzgesetz nämlich in Geltung.

Mehr als zwei Jahrzehnte später muss aber festgestellt werden, dass die Umsetzung dieses Gesetzes bislang nur lückenhaft erfolgt. Oftmals fehlt bei Dienstgeber\*innen in Gemeinden sogar das Bewusstsein darüber, dass eine Verpflichtung zum Dienstnehmerschutz besteht und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Die younion \_ Vorarlberg hat daher in den letzten Jahren bei Kontakten in Gemeinden, mit dem Gemeindeverband und mit Verantwortlichen des Landes immer wieder auf diese Mängel hingewiesen.

#### Landesvorsitzender Thomas Kelterer kann nun berichten:

„Zusammen mit dem Gemeindeverband wurde in den letzten beiden Jahren mit finanzieller Unterstützung des Landes in ausgewählten Pilotgemeinden untersucht, wie eine ordnungsgemäße Umsetzung des Schutzgesetzes aussehen müsste. Die Ergebnisse wurden standardisiert und sollen nun in allen 96 Gemeinden umgesetzt werden.“

In einem ersten Schritt wurden Anfang März 2021 alle Städte und Gemeinden in Vorarlberg angeschrieben und informiert. [LINK zum Schreiben des Gemeindeverbandes - https://www.younion-vbg.at/docs/newsletter/2021-03-03\\_VGV\\_DNS\\_%20Report\\_1.pdf](https://www.younion-vbg.at/docs/newsletter/2021-03-03_VGV_DNS_%20Report_1.pdf)

Weitere Informationsschreiben zum Dienstnehmerschutz werden folgen.

„Die Kommunen werden nun bei der Umsetzung begleitet und unterstützt. Beispielsweise mit einer Zusammenfassung über die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen, mit Handlungsempfehlungen zur korrekten Umsetzung und der Bereitstellung von Werkzeugen für die Realisierung der Handlungsempfehlungen,“ erläutert der Initiator Thomas Kelterer: „Wir bedanken uns beim Gemeindeverband für die sehr konstruktive und sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit und freuen uns, dass nun die gesetzlichen Schutz- und Sicherheitsbestimmungen allen Beschäftigten im Gemeindedienst im ganzen Land zugutekommen.“